



***Hilfen für Unionsbürger*innen in Wohnungsnot
und sozialen Schwierigkeiten aus der Perspektive
der Migrationssozialarbeit im Paritätischen***

**Bundestagung der BAG
Wohnungslosenhilfe e.V.
2019**

Natalia Bugaj-Wolfram
Referentin für Migrationssozialarbeit
DER PARITÄTISCHE
GESAMTVERBAND



Der Paritätische Wohlfahrtsverband

- Einer der 6 Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland
- Dachverband von über 10.000 Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial - und Gesundheitsbereich
- Mit seinen 15 Landesverbänden und 280 Kreisgesellschaften unterstützt der Paritätische die Arbeit seiner Mitglieder
- Er repräsentiert und fördert seine Mitgliedsorganisationen in ihrer fachlichen Zielsetzung und ihren rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belangen

Das Bundesprogramm Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

- Vorgängerberatungsprogramme: Ausländersozialberatung und Aussiedlersozialberatung
- Grundberatungsangebot seit 2005
- MBE und Integrationskurse sind Grundpfeiler der staatlichen Integrationsmaßnahmen
- Gesetzlich Grundlage: § 45, Satz 1 i.V.m. § 75 Nr. 9 AufenthG
- Auftrag über das BMI, Durchführung über das BAMF und Umsetzung durch Wohlfahrtsverbände

MBE - Zielgruppe

- grundsätzlich erwachsene Zuwanderer*innen über 27 Jahre mit einem dauerhaften Aufenthalt, darunter auch EU-Bürger*innen
- Seit dem 01.07.2016 auch Asylsuchende mit s.g. „guter Bleibeperspektive“
- Zuwanderer*innen unter 27 Jahren, wenn ihre Lebenssituation typische Probleme erwachsener Zuwanderer aufweist

Die MBE soll...

- ...Integrationsprozesse gezielt initiieren, steuern und begleiten
- bei der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration in der BRD unterstützen
- ...zu selbstständigem Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens befähigen
- ...an die Regeldienste heranzuführen und weiterleiten

MBE - Aufgabenschwerpunkte

- bedarfsorientierte Einzelfallberatung auf Grundlage eines professionellen Case Managements bzw. einer sozialpädagogischen Begleitung
- Gruppenangebote als ergänzendes, bedarfsorientiertes Angebot
- Mitarbeit in kommunalen Netzwerken
- Mitwirkung bei der interkulturellen Öffnung der Regeldienste und Verwaltungsbehörden

MBE im Paritätischen Wohlfahrtsverband

- Der Paritätische GV ist als Zentralstelle für die bundesweite Koordination und fachliche Begleitung des Programms zuständig und steht mit Träger und Berater*innen stets im Austausch
- 99 MBE-Träger und ca. 200 Migrationsberater*innen bundesweit
- 30.424 Beratungsfälle im 2018 (im Durchschnitt 315 Fälle/ Vollzeitstelle/ Jahr)
- EU-Bürger*innen bilden 20,5 % aller Ratsuchenden

Die wichtigsten Herkunftsländer der Klient*innen im 2018

Syrien	30,3%
Bulgarien	7,3%
Irak	7%
Afghanistan	5,3%
Türkei	5,1%
Russland	3,8%
Polen	3,1%
Rumänien	2,9%
Eritrea	2,7%

Hilfebedarfe, Forderungen und Lösungsansätze: Die wichtigsten Schnittstellen in den Erfahrungen und Positionen der BAG-W und des Paritätischen

- Sozialrechtliche Situation von EU-Bürger*innen
- Zugang zu Wohnraum und Wohnraumsicherung
- Zugang zum Arbeitsmarkt
- Abbau von Sprachbarrieren
- Sicherung und Ausbau von Beratungsstrukturen

Sozialrechtliche Situation von Unionsbürger*innen

Hilfebedarfe in der Praxis

- Seit dem Inkrafttreten von dem „Unionsbürger*innen – Ausschlussgesetz“ am 29.12.2016 sind Veränderungen in der Beratungspraxis wahrnehmbar:
 - Vermehrte Ablehnungen der Anträge auf Leistungen nach dem SGB II und nach dem SGB XII
 - Kurzfristige Einstellungen der Leistungen
 - Auch Leistungsansprüche, die rechtlich unstrittig sind, sind häufig schwierig umzusetzen
 - Anzweiflung von Arbeitnehmerstatus durch die Jobcenter: Unterstellung der Scheinarbeitsverhältnisse
 - Vermehrt Widerspruchsverfahren und Verfahren vor dem Sozialgericht -> verlängerte Dauer der Verfahren
 - Zunehmende Anzahl von Ratsuchenden mit fehlendem bzw. ungeklärtem Krankenversicherungsschutz
 - Zunehmende existenzielle Not von EU-Bürger*innen

Sozialrechtliche Situation von Unionsbürger*innen

Forderungen und Positionen

- Der Paritätische kritisiert die Leistungsausschlüsse als:
 - Sozialpolitisch fatal: die Folgen sind soziale Verelendung, Schutzlosigkeit und prekäre Lebensverhältnisse
 - Integrationspolitisch kontraproduktiv: Der Ausschluss von Leistungen des SGB II erschwert Sprachförderung und Förderung von Teilhabe am Arbeitsmarkt
 - Grundgesetzwidrig: migrationspolitische Relativierung der Menschenwürde



Sozialrechtliche Situation von Unionsbürger*innen

Konkrete Hilfeansätze und Kooperationen

- Unterstützung bei der Durchsetzung von Leistungen zur Existenzsicherung und Klärung vom Krankenversicherungsschutz
- Der Paritätische GV leistet fachliche Unterstützung für Berater*innen, z.B. in Form von Arbeitshilfen und Fortbildungen
- Kooperationen vor Ort mit Fachanwält*innen für Sozialrecht

Zugang zu Wohnraum und Wohnraumsicherung

Hilfebedarfe in der Praxis

- Thema „Wohnraum/ Wohnungsnotfälle“ an der ersten Stelle bei den Angaben zur Ballung spezifischer Problemlagen in der MBE-Beratung
- Die Problematik bezieht sich in den meisten Fällen auf:
 - Wohnungslose, die einen (vorübergehenden) Obdach haben
 - von der Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen
 - Menschen, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben
 - Straßenobdachlosigkeit kommt als Thema vor, aber nur punktuell in bestimmten Städten

Zugang zu Wohnraum und Wohnraumsicherung

Hilfebedarfe in der Praxis

- Schwieriger Zugang zu Wohnraum, durch:
 - Fehlen an bezahlbarem Wohnraum für Menschen im Leistungsbezug oder für Geringverdienende
 - Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
 - Sprachbarrieren
- Prekäre, unzureichende Wohnverhältnisse
- Drohender Wohnraumverlust, durch:
 - Mietschulden
 - Kopplung der Wohnung an das Arbeitsverhältnis
- In den Notfällen: Kommunen verwehren die Unterbringung von EU-Bürger*innen ohne Anspruch auf Sozialleistungen

Zugang zu Wohnraum und Wohnraumsicherung

Forderungen und Positionen

- Wohnungspolitische Forderungen des Paritätischen an die Politik (Auswahl):
 - **Bezahlbaren und sozial verträglichen Wohnraum schaffen**
 - Reaktivierung vom gemeinnützigem Wohnungsbau
 - Stärkung von sozialem Wohnungsbau
 - Sozial gerechte Bodenvergabe
 - **Gleichberechtigte Zugänge zu Wohnraum schaffen**
 - Zugang besonderer Bedarfsgruppen durch Schutz vor Diskriminierung und Benachteiligung verbessern

Zugang zu Wohnraum und Wohnraumsicherung

Forderungen und Positionen

- Wohnungspolitische Forderungen des Paritätischen an die Politik (Auswahl)
 - **Bestehenden Wohnraum sichern**
 - Prävention von Wohnraumverlust durch:
 - Einrichtung eines Förderprogramms von kommunalen Fachstellen zur Verhinderung von Wohnraumverlusten
 - Förderung verbindlicher Kooperationen zwischen den unterschiedlichen Akteuren (Kommune, freien Trägern und Wohnungsunternehmen)

Zugang zu Wohnraum und Wohnraumsicherung

Konkrete Hilfeansätze und Kooperationen

- Intensive Betreuung und Begleitung bei der Wohnungssuche:
 - Unterstützung bei der Beantragung von WBS und Zusammenstellung von erforderlichen Dokumenten
 - Unterstützung bei der Suche nach Angeboten und Begleitung bei Besichtigungsterminen -> sehr zeitintensiv, nur möglich mit Unterstützung von Ehrenamtlichen Sprachmittler*innen oder Lots*innen
- Durchführung von Informationsveranstaltungen für Ratsuchende zur Verbesserung ihrer Chancen auf dem Wohnungsmarkt und zur Wohnraumverlustprävention („Mietführerschein“)

Zugang zu Wohnraum und Wohnraumsicherung

Konkrete Hilfeansätze und Kooperationen

- Kooperationen vor Ort, um Zugang zu Wohnraum zu verbessern bzw. den Wohnraumverlust zu verhindern, mit:
 - kommunalen oder privaten Wohnungsunternehmen
 - Wohnungsgenossenschaften
 - Schuldnerberatung
 - Wohnungslosenhilfe (Fachstellen für Wohnungsnotfälle)
- Einbringen der Problematik in kommunalen Gremien
- (Weitere) interkulturelle Öffnung der Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe ist notwendig

Zugang zum Arbeitsmarkt

Hilfebedarfe in der Praxis

- Die Teilnahme an den Integrationskursen für die EU-Bürger*innen häufig aus Kostengründen nicht möglich
- Die Kurse werden abgebrochen, wenn Leistungen nach dem SGB II eingestellt werden, oder weil die Vereinbarkeit mit der Erwerbstätigkeit nicht zu gewährleisten ist
- Ohne Deutschkenntnisse nur einfache Hilfstätigkeiten möglich; Konsequenz: prekäre Arbeitsverhältnisse; Arbeit unter Qualifikationen
- Zugang zu Arbeitsförderung nach SGB III für Menschen ohne Leistungsbezug rechtlich möglich, aber in der Praxis schwer umsetzbar (-> Sprachbarrieren, Unwissen)

Zugang zum Arbeitsmarkt Forderungen

- Der Paritätische fordert ,Integrations- und Teilhabechancen für EU-Bürger*innen zu stärken durch integrationspolitische Maßnahmen wie zum Beispiel:
 - Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Teilnahme an einem Integrationskurs für EU-Bürger*innen,
 - stärkeren Einsatz von Instrumenten der Arbeitsmarktintegration des SGB III für Personen ohne Leistungsbezug
 - weitere Förderung von Beratungsstrukturen

Abbau von Sprachbarrieren

Forderungen

Der Paritätische fordert:

- die Sicherstellung der sprachlichen Verständigung durch Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Sprachmittlung bei Beantragung und Ausführung von Sozialleistungen im Allgemeinen Teil der Sozialgesetzbücher (SGB I).
- Schaffung der Grundlagen für die Finanzierung der Sprachmittlung in den Förderrichtlinien der nicht über die SGB geregelten Leistungen
- den Auf- und Ausbau entsprechender Strukturen für Qualifizierung und Vermittlung von Sprachmittler/-innen und deren Finanzierung



Wo liegen die Schwerpunkte unserer Arbeit zur Verbesserung der Situation von EU-Bürger*innen?

- Rechtswidrigen Leistungsausschlüssen entgegenwirken
- Sich in die wohnungspolitische Fragen einbringen
- Beratungsstrukturen ausbauen
- Thema Sprachbarrieren/ Sprachmittlung auf bundespolitische Ebene präsent machen – Teilhabechancen durch Abbau von Sprachbarrieren verbessern
- Kooperationen stärken

Quellen

- Der Paritätische Gesamtverband (2013): *Partizipation statt Ausgrenzung. Anforderungen an die Gestaltung der EU-Binnenwanderung.*
- Der Paritätische Gesamtverband (2016): *Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und der Sozialhilfe nach dem SGB XII“.*
- Der Paritätische Gesamtverband (2017): *Bauen-Wohnen-Leben. Paritätisches Positionspapier für eine soziale Wohnungspolitik.*
- Der Paritätische Gesamtverband (2018): *Sicherstellung der Sprachmittlung als Voraussetzung für Chancengleichheit beim Zugang zu Sozialleistungen. Positionspapier des Paritätischen Gesamtverbandes.*
- Berichte der Paritätischen Mitgliedsorganisationen, insbesondere:
 - Planerladen e.V., Dortmund
 - BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH
 - Rom e.V., Köln